

Wer bezahlt die Klima-Folgeschäden? Greenpeace-Aktivisten konfrontieren Regierung bei Klausur in Linz



Aktivisten der Umweltorganisation Greenpeace protestierten bei der Regierungsklausur vor dem Ars Electronica Center in Linz gegen das fehlende politische Bekenntnis der österreichischen Bundesregierung zum Klimaschutz. Eine großes Transparent mit der Aufschrift "Ja zum Klimaschutz" sowie zahlreiche vom Orkan Kyrill entwurzelte Bäume verdeutlichten die Forderungen der Greenpeace-Aktivisten.

"Hoffentlich stolpert die Bundesregierung nicht über die Folgekosten des Klimawandels", erinnert Greenpeace-Klimaexperte Erwin Mayer an den Freikauf von Klimaschutzverpflichtungen wie auch an die Schäden, die der Bevölkerung aus Hochwasser, Sturmschäden und anderen klimabedingten Extremereignissen entstehen. Die Frage, wer das bezahlen soll, ist von der Regierung bisher unbeantwortet geblieben. Neben einer Antwort auf diese Frage fordert Greenpeace von Kanzler Gusenbauer, dass sich Österreich noch vor dem Brüsseler Regierungsgipfel zu minus dreißig Prozent Treibhausgas-Emissionen bis 2020 und minus achtzig Prozent bis 2050 bekennt und diese Position auch beim EU-Gipfel am 8. und 9. März vertreten muss.

Greenpeace-Energiesprecher Jurrien Westerhof rechnet der Bundesregierung vor, dass der eigentlich überflüssige Zukauf von Verschmutzungsrechten bis 2050 auf rund zwanzig Milliarden Euro kommen kann. Reduktionen im Inland - so etwa durch Wärmedämmung, Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel oder eine CO₂-ärmere Stahlproduktion - kosten dagegen nur im Moment mehr Geld als der einmalige Zukauf von Verschmutzungsrechten für die Zielperiode von 2008 bis 2010. Über die nächsten Jahrzehnte gerechnet kommen sie wegen der dauerhaft niedrigeren Emissionen deutlich billiger als der Jahrzehnte währende Emissions-Ablasshandel. "Die Regierung tut noch immer so, als würden Klimaschutz und Verpflichtung zur Reduktion von Treibhausgasen nach dem Kyoto-Ziel mit 2012 enden. Diese Kalkulation ist aber falsch und wird für den Steuerzahler noch sehr teuer kommen", kritisiert Westerhof.

Zusätzlich müssen Industrienationen wie Österreich Nicholas Stern zufolge bis zum Ende des nächsten Jahrhunderts mit Folgekosten des Klimawandels von bis zu zwanzig Prozent des Bruttonettoproduktes rechnen; allein in Österreich also rund 55 Milliarden Euro pro Jahr. Bereits in den vergangenen Jahren haben mehrere Extremereignisse in Österreich - allen voran das Hochwasser von 2002 - zu volkswirtschaftlichen Schäden von vier Milliarden Euro geführt. "In den nächsten Jahren wird sich laut UN-Klimabeirat die Häufigkeit und Intensität von Wetterextremen noch stärker erhöhen, und dennoch trifft Österreich keine finanziellen Vorkehrungen für die Anpassung an den Klimawandel sowie für die notwendige Absicherung der Klimaopfer", zeigt sich Mayer angesichts der Warnungen von Klimawissenschaftlern und Ökonomen verwundert. "Klimaschutz zu Hause mit minus dreißig Prozent bis 2020 und minus achtzig Prozent bis 2050 ist aber durch nichts zu ersetzen", so seine abschließende Aufforderung.

[holler]

Link zum Online-Artikel:

http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1019634